

Geschäftsordnung für den Gemeinderat

Hinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit beschränken sich die Personenbezeichnungen auf die männliche Form.

Aufgrund des § 36 Absatz 2 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) hat sich der Gemeinderat Allmendingen am 09. Oktober 2024 folgende Geschäftsordnung gegeben.

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Zusammensetzung des Gemeinderats, Vorsitzender

1. Der Gemeinderat besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und den ehrenamtlichen Mitgliedern (Gemeinderäten).
2. Bei tatsächlicher oder rechtlicher Verhinderung des Bürgermeisters führen seine Stellvertreter im Sinne des § 48 GemO den Vorsitz.
- § 25, § 48 Absatz 1 GemO -

§ 2

Mitgliedervereinigungen

1. Die Gemeinderäte können sich zu Mitgliedervereinigungen (Fraktionen) zusammenschließen. Eine Fraktion muss einschließlich etwaiger ständiger Gäste aus mindestens drei Gemeinderäten bestehen. Jeder Gemeinderat kann nur einer Fraktion angehören.
2. Die Fraktionen wirken bei der Willensbildung und Entscheidungsfindung des Gemeinderats mit. Sie dürfen insoweit ihre Auffassungen öffentlich darstellen. Ihre innere Ordnung muss demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen.
3. Jede Fraktion teilt ihre Gründung, Bezeichnung, Mitglieder, ständige Gäste, die Namen des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter sowie ihre Auflösung dem Bürgermeister mit.
4. Die Bestimmungen des § 6 über die Pflicht zur Verschwiegenheit gelten für Fraktionen entsprechend.

II. Rechte und Pflichten der Gemeinderäte und der zur Beratung zugezogenen Einwohner und Sachverständigen

§ 3

Rechtsstellung der Gemeinderäte

1. Die Gemeinderäte sind ehrenamtlich tätig.
2. Der Bürgermeister verpflichtet die Gemeinderäte in der ersten Sitzung öffentlich auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten.

3. Die Gemeinderäte entscheiden im Rahmen der Gesetze nach ihrer freien, nur durch das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung. An Verpflichtungen und Aufträge, durch die diese Freiheit beschränkt wird, sind sie nicht gebunden.
- § 32 Absatz 1 bis 3 GemO -

§ 4

Unterrichtungsrecht, Akteneinsicht, Anfragerecht der Gemeinderäte

1. Ein Viertel der Gemeinderäte kann in allen Angelegenheiten der Gemeinde und ihrer Verwaltung verlangen, dass der Bürgermeister den Gemeinderat unterrichtet, und dass diesem oder einem von ihm bestellten Ausschuss Akteneinsicht gewährt wird. In diesem Ausschuss müssen die Antragsteller vertreten sein.
2. Jeder Gemeinderat kann an den Bürgermeister schriftliche, elektronische oder in einer Sitzung des Gemeinderats mündliche Anfragen über einzelne Angelegenheiten im Sinne des Absatzes 1 stellen. Mündliche Anfragen, die mit keinem Punkt der Tagesordnung in Verbindung stehen, sind erst nach Erledigung der Tagesordnung zulässig.
3. Schriftliche Anfragen sind, sofern es der Gegenstand der Frage zulässt, innerhalb von vier Wochen zu beantworten. Sie können auch am Ende einer Sitzung des Gemeinderats vom Bürgermeister mündlich beantwortet werden; können mündliche Anfragen nicht sofort beantwortet werden, teilt der Bürgermeister Zeit und Art der Beantwortung mit.
4. Eine Aussprache über Anfragen findet nicht statt.
5. Für Anfragen und Antworten, die wegen des öffentlichen Wohls oder wegen berechtigter Interessen Einzelner im Sinne des § 35 Absatz 1 Satz 2 GemO nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, ist eine die Verschwiegenheit gewährleistete Form zu wahren.
6. Die Absätze 1 und 2 gelten nicht bei den nach § 44 Absatz 3 Satz 3 GemO geheim zu haltenden Angelegenheiten.
7. Zum umfassenden Informationsaustausch zwischen Gemeinderäten und Bürgermeister findet vor jeder Sitzung des Gemeinderats eine Fraktionsvorbesprechung statt, bei der die Fraktionsvorsitzenden oder ihre jeweiligen Stellvertreter vom Bürgermeister über die aktuelle Tagesordnung informiert werden und gegebenenfalls erweiterte Hintergrundinformationen erhalten. Die Fraktionsvorsitzenden wiederum berichten in den Fraktionssitzungen den übrigen Gemeinderäten von den Informationen. Die Fraktionsvorbesprechung findet in der Regel am Freitag statt, der Bürgermeister lädt dazu ein. Bei Bedarf kann der Bürgermeister die Fraktionsvorbesprechung auch auf einen anderen Tag verlegen oder ausfallen lassen.
- § 24 Absatz 3 bis 5 GemO -

§ 5

Amtsführung

Die Gemeinderäte und die zur Beratung zugezogenen Einwohner müssen ihre Tätigkeit uneigennützig und verantwortungsbewusst ausüben. Sie sind verpflichtet, an den Sitzungen des Gemeinderats teilzunehmen. Bei Verhinderung oder, wenn es erforderlich ist, die Sitzung vorzeitig zu verlassen, ist der Vorsitzende unter Angabe des Grundes rechtzeitig vor der Sitzung zu verständigen. Ist die rechtzeitige Verständigung des Vorsitzenden infolge unvorhergesehener Ereignisse nicht möglich, so kann sie nachträglich erfolgen. Wiederholtes Fehlen ohne Mitteilung an den Bürgermeister stellt eine Verletzung der Pflicht zur verantwortungsbewussten Amtsführung dar und kann mit einem Ordnungsgeld belegt werden.
- § 17 Absatz 1, § 34 Absatz 3 GemO -

§ 6

Pflicht zur Verschwiegenheit

1. Die Gemeinderäte sind zur Verschwiegenheit verpflichtet über alle Angelegenheiten, deren Geheimhaltung gesetzlich vorgeschrieben, besonders angeordnet oder ihrer Natur nach erforderlich ist. Über alle in nichtöffentlicher Sitzung behandelten Angelegenheiten sind die Gemeinderäte und die zur Beratung zugezogenen Einwohner so lange zur Verschwiegenheit verpflichtet, bis sie der Bürgermeister von der Schweigepflicht entbindet. Dies gilt nicht für Beschlüsse, soweit sie nach § 9 Absatz 3 bekannt gegeben sind. Die Freigabe bezieht sich nur auf das Ergebnis (=Beschluss) der Verhandlung. Für die Einzelheiten eines Verfahrens (Verlauf, einzelne Äußerungen, Abstimmungsergebnis) gilt die Verschwiegenheitspflicht ohne Einschränkung fort.
 2. Gemeinderäte dürfen die Kenntnis von geheim zu haltenden Angelegenheiten nicht unbefugt verwerfen. Gegen dieses Verbot verstößt insbesondere, wer aus der Kenntnis geheim zu haltender Angelegenheiten für sich oder Dritte Vorteile zieht oder ziehen will.
- § 17 Absatz 2, § 35 Absatz 2 GemO -

§ 7

Vertretungsverbot

1. Die Gemeinderäte dürfen Ansprüche und Interessen eines anderen gegen die Gemeinde nicht geltend machen, soweit sie nicht als gesetzliche Vertreter handeln. Ob die Voraussetzungen dieses Verbots vorliegen, entscheidet der Gemeinderat. Insbesondere darf ein dem Gemeinderat angehörender Rechtsvertreter ein Mandat gegen die Gemeinde nicht übernehmen.
 2. Auf die zur Beratung zugezogenen Einwohner finden die Bestimmungen des Absatzes 1 Anwendung, wenn die zu vertretenden Ansprüche oder Interessen mit der ehrenamtlichen Tätigkeit in Verbindung stehen. Ob diese Voraussetzungen vorliegen, entscheidet der Bürgermeister.
- §17 Absatz 3 GemO -

§ 8

Ausschluss wegen Befangenheit

1. Ein Gemeinderat oder ein zur Beratung zugezogener Einwohner darf weder beratend noch entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung einer Angelegenheit ihm selbst oder folgenden Personen einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann:
 - 1.1. dem Ehegatten oder dem Lebenspartner nach § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes,
 - 1.2. einem in gerader Linie oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grad Verwandten oder einem durch Annahme an Kindes statt Verbundenen,
 - 1.3. einem in gerader Linie oder in der Seitenlinie bis zum zweiten Grad Verschwägerten oder als verschwägert Geltenden, solange die die Schwägerschaft begründende Ehe oder Lebenspartnerschaft nach § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes besteht, oder
 - 1.4. einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person.
2. Dieses Mitwirkungsverbot gilt auch, wenn der Gemeinderat oder der zur Beratung zugezogene Einwohner, im Fall der Nummer 2.2. auch Ehegatten, Lebenspartner nach § 1 des Lebenspartnerschaftsgesetzes, Eltern und Kinder,
 - 2.1. gegen Entgelt bei jemand beschäftigt ist, dem die Entscheidung der Angelegenheit einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann, es sei denn, dass nach den tatsächlichen Umständen der Beschäftigung anzunehmen ist, dass sich der Gemeinderat deswegen nicht in einem Interessenwiderstreit befindet,

- 2.2. Gesellschafter einer Handelsgesellschaft oder Mitglied des Vorstands, des Aufsichtsrats oder eines gleichartigen Organs eines rechtlich selbstständigen Unternehmens ist, denen die Entscheidung der Angelegenheit einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann. Ist der Gemeinderat oder der zur Beratung zugezogene Einwohner als Vertreter der Gemeinde oder auf Vorschlag der Gemeinde Organmitglied, besteht kein Mitwirkungsverbot,
 - 2.3. Mitglied eines Organs einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist, der die Entscheidung der Angelegenheit einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann und die nicht Gebietskörperschaft ist, sofern er diesem Organ nicht als Vertreter oder auf Vorschlag der Gemeinde angehört, oder
 - 2.4. in der Angelegenheit in anderer als öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgegeben hat oder sonst tätig geworden ist.
3. Diese Vorschriften gelten nicht, wenn die Entscheidung nur die gemeinsamen Interessen einer Berufs- und Bevölkerungsgruppe berührt. Sie gelten ferner nicht für Wahlen zu einer ehrenamtlichen Tätigkeit.
 4. Der Gemeinderat oder der zur Beratung zugezogene Einwohner, bei dem ein Tatbestand vorliegt, der Befangenheit zur Folge haben kann, hat dies vor Beginn der Beratung über diesen Gegenstand dem Vorsitzenden mitzuteilen. Entsprechendes gilt, wenn Anhaltspunkte dieser Art während der Beratung erkennbar werden. Ob ein Ausschließungsgrund vorliegt, entscheidet in Zweifelsfällen in Abwesenheit des Betroffenen bei Gemeinderäten der Gemeinderat, bei Ausschussmitgliedern der Ausschuss, sonst der Bürgermeister.
 5. Wer wegen Befangenheit an der Beratung und Entscheidung nicht mitwirken darf, muss die Sitzung verlassen. Bei öffentlicher Sitzung muss er sich in den für die Zuhörer bestimmten Bereich des Sitzungsraumes begeben; bei nichtöffentlichen Sitzungen muss er den Sitzungsraum verlassen.
- § 18 GemO -

III. Sitzungen des Gemeinderats

§ 9

Öffentlichkeitsgrundsatz, Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

1. Die Sitzungen des Gemeinderats sind öffentlich. Nichtöffentlich darf nur verhandelt werden, wenn es das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner erfordern; über Gegenstände, bei denen diese Voraussetzungen vorliegen, muss nichtöffentlich verhandelt werden. Über Anträge aus der Mitte des Gemeinderats, einen Verhandlungsgegenstand entgegen der Tagesordnung in öffentlicher oder nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln, wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden.
 2. Zu den öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats hat jedermann Zutritt, soweit es die Raumverhältnisse gestatten.
 3. In nichtöffentlicher Sitzung nach Absatz 1 gefasste Beschlüsse sind nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit oder, wenn dies ungeeignet ist, in der nächsten öffentlichen Sitzung bekannt zu geben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.
- § 35 GemO -

§ 10 Verhandlungsgegenstände

1. Der Gemeinderat verhandelt über Vorlagen des Bürgermeisters, der Ausschüsse und über die dazu gestellten Anträge.
2. Ein durch Beschluss des Gemeinderats erledigter Verhandlungsgegenstand wird erst erneut behandelt, wenn neue Tatsachen oder neue wesentliche Gesichtspunkte dies rechtfertigen.

§ 11 Sitzordnung

Die Gemeinderäte sitzen nach ihrer Fraktionszugehörigkeit. Kommt keine Einigung zustande, bestimmt der Bürgermeister die Reihenfolge der Fraktionen unter Berücksichtigung ihrer zahlenmäßigen Stärke im Gemeinderat. Die Sitzordnung innerhalb der Fraktionen wird von deren Vertretern im Gemeinderat festgelegt. Gemeinderäten, die keiner Fraktion angehören, weist der Bürgermeister den Sitzplatz an.

§ 12 Einberufung

1. Der Gemeinderat ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert; er soll jedoch mindestens einmal im Monat einberufen werden. Der Gemeinderat muss unverzüglich einberufen werden, wenn es ein Viertel der Gemeinderäte unter Angabe des Verhandlungsgegenstands beantragt. Dies gilt nicht, wenn der Gemeinderat den gleichen Verhandlungsgegenstand innerhalb der letzten sechs Monate bereits behandelt hat. Die Verhandlungsgegenstände müssen zum Aufgabengebiet des Gemeinderats gehören.
 2. Der Bürgermeister beruft den Gemeinderat zu Sitzungen schriftlich oder elektronisch mit angemessener Frist unter Angabe der Tagesordnung (§ 13) ein, in der Regel mindestens sieben Tage vor dem Sitzungstag. In der Regel finden Sitzungen am Mittwoch statt. In Notfällen kann der Gemeinderat ohne Frist und formlos (mündlich, telefonisch, elektronisch oder durch Boten) einberufen werden.
 3. Wird zur Erledigung der Tagesordnung eine Sitzung am nächsten Tag fortgesetzt, so genügt die mündliche Bekanntgabe durch den Bürgermeister als Einladung. Gemeinderäte, die bei Unterbrechung der Sitzung nicht anwesend waren, sind unverzüglich zu verständigen.
 4. Zeit, Ort und Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen sind rechtzeitig, mindestens 3 Tage vor der Sitzung ortsüblich im Mitteilungsblatt der Gemeinde bekannt zu geben.
- § 34 Absatz 1 und 2 GemO -

§ 13 Tagesordnung

1. Der Bürgermeister stellt die Tagesordnung für die Sitzungen auf.
2. Auf Antrag eines Viertels der Gemeinderäte ist ein Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung spätestens der übernächsten Sitzung des Gemeinderats zu setzen. Dies gilt nicht, wenn der Gemeinderat den gleichen Verhandlungsgegenstand innerhalb der letzten sechs Monate bereits behandelt hat.

3. Die Sitzungseinladung enthält Angaben über Beginn und Ort der Sitzung sowie die zur Beratung vorgesehenen Gegenstände (Tagesordnung), unterschieden nach solchen, über die in öffentlicher und solchen, über die in nichtöffentlicher Sitzung zu verhandeln sind.
 4. Der Bürgermeister kann in dringenden Fällen durch schriftlich auszugebende Nachträge die Tagesordnung erweitern. Er ist berechtigt, Verhandlungsgegenstände bis zum Beginn der Sitzung unter Angabe des Grundes von der Tagesordnung abzusetzen. Dies gilt nicht für Anträge nach Absatz 2.
- § 34 Absatz 1, § 35 Absatz 1 GemO -

§ 14 **Beratungsunterlagen**

1. Der Sitzungseinberufung nach § 12 fügt der Bürgermeister die für die Verhandlung erforderlichen Unterlagen bei, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen. Die Unterlagen werden über das Sitzungsmanagement elektronisch oder in Schriftform zur Verfügung gestellt. Sie sollen die Sach- und Rechtslage zur Vorbereitung auf die Sitzung darstellen.
Eine zusätzliche Vorinformation mit umfangreichen Beratungsunterlagen erfolgt in den Fraktionsvorbesprechungen nach § 4 Ziffer 8, diese dient der Weitervermittlung und Vorbereitung in den Fraktionssitzungen und damit auch dem einzelnen Gemeinderat.
 2. Die Beratungsunterlagen sind nur für die Gemeinderäte bestimmt. Sie dürfen von den Gemeinderäten ohne Zustimmung des Bürgermeisters nicht vervielfältigt oder an Dritte weitergegeben werden. Es ist vom Gemeinderat selbst sicherzustellen, dass im Falle einer elektronischen Ablage Dritte keinen Zugriff auf Unterlagen erhalten. Im Übrigen und insbesondere für Beratungsunterlagen für nichtöffentliche Sitzungen gilt § 6 Pflicht zur Verschwiegenheit.
- § 34 Absatz 1 GemO -

§ 15 **Verhandlungsfähigkeit und Verhandlungsleitung**

1. Der Gemeinderat kann nur in einer ordnungsgemäß einberufenen und geleiteten Sitzung beraten und beschließen.
 2. Der Vorsitzende eröffnet, leitet und schließt die Verhandlungen des Gemeinderats. Er stellt die Beschlussfähigkeit nach § 37 Absatz 2 GemO fest. Die Sitzung wird geschlossen, wenn sämtliche Verhandlungsgegenstände erledigt sind oder wenn die Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit des Gemeinderats oder aus anderen dringenden Gründen vorzeitig abgebrochen werden muss.
- § 36 Absatz 1, § 37 Absatz 1 GemO -

§ 16 **Handhabung der Ordnung, Hausrecht**

1. Der Vorsitzende handhabt die Ordnung und übt das Hausrecht aus. Er kann Zuhörer, die den geordneten Ablauf der Sitzung stören, zur Ordnung rufen und erforderlichenfalls aus dem Sitzungsraum weisen.
2. Der Vorsitzende hat das Verhalten eines Gemeinderats zu rügen, wenn ein Verstoß gegen die Ordnung vorliegt (z. B. unsachliche Zwischenrufe, Unterbrechen des Redners) oder er die Ordnung durch unsachliche Ausführungen oder Darstellungen, die nicht zum Beratungsgegenstand gehören stört. Das Mittel hierfür ist der Ordnungsruf, der die Feststellung der Unzulässigkeit des Verhaltens enthält. Dabei kann der Entzug des Wortes angedroht oder durchgesetzt werden.

3. Gemeinderäte können bei grober Ungebühr (z. B. Trunkenheit in der Sitzung, Zeitunglesen während der Sitzung) oder bei wiederholten Verstößen gegen die Ordnung vom Vorsitzenden aus dem Beratungsraum verwiesen werden; mit dieser Anordnung ist der Verlust des Anspruchs auf die auf den Sitzungstag entfallende Entschädigung verbunden. Bei wiederholter grober Ungebühr oder wiederholten Verstößen gegen die Ordnung kann der Gemeinderat ein Mitglied für mehrere, höchstens jedoch für sechs Sitzungen ausschließen. Entsprechendes gilt für sachkundige Einwohner, die zu den Beratungen zugezogen sind.
- § 36 Absatz 1 und 3 GemO -

§ 17

Verhandlungsablauf, Änderung der Tagesordnung durch den Gemeinderat

1. Die Gegenstände werden in der Reihenfolge der Tagesordnung behandelt, sofern der Gemeinderat im Einzelfall nichts anderes beschließt.
2. Die nachträgliche Aufnahme von Gegenständen in die Tagesordnung für die öffentliche Sitzung ist – von Notfällen abgesehen – während der Sitzung nicht möglich. In nichtöffentlichen Sitzungen kann ein Verhandlungsgegenstand – von Notfällen abgesehen – nur durch einstimmigen Beschluss aller Mitglieder des Gemeinderats nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden.
3. Der Gemeinderat kann auf Antrag die Verhandlung über einen Gegenstand vertagen. Wird ein solcher Antrag angenommen, so finden eine zweite Beratung und die Beschlussfassung in einer anderen Sitzung statt.
4. Die Beratung ist beendet, wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen.
5. Der Gemeinderat kann auf Antrag jederzeit die Aussprache über einen Verhandlungsgegenstand schließen (Schlussantrag). Wird ein solcher Antrag angenommen, ist die Aussprache abzubrechen und Beschluss zu fassen. Über einen Schlussantrag kann erst abgestimmt werden, wenn jede Fraktion und die keiner Fraktion angehörenden Gemeinderäte Gelegenheit hatten, sich zur Sache zu äußern.

§ 18

Vortrag, beratende Mitwirkung im Gemeinderat

1. Den Vortrag im Gemeinderat hat der Vorsitzende. Er kann den Vortrag einem Beamten oder Beschäftigten der Gemeinde oder anderen Personen übertragen.
 2. Ortsvorsteher nehmen an den Verhandlungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse mit beratender Stimme teil. Der Ortsvorsteher ist zur Verschwiegenheit verpflichtet, wenn er an nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderats oder eines Ausschusses teilnimmt (§ 6). Allerdings ist eine Unterrichtung des Ortschaftsrats über Gegenstand, Gang und Ergebnis der nichtöffentlichen Sitzung in Angelegenheiten, bei denen der Ortschaftsrat beteiligt ist, zulässig; diese Unterrichtung muss in einer nichtöffentlichen Sitzung erfolgen.
 3. Der Bürgermeister kann, unbeschadet des weiterhin bestehenden Rechts des Gemeinderats, sachkundige Einwohner und Sachverständige zu den Beratungen einzelner Angelegenheiten zuziehen (siehe Hauptsatzung § 9 Ziffer 2.12.).
 4. Der Vorsitzende kann, auf Verlangen des Gemeinderats muss er, Beamte oder Beschäftigte der Gemeinde zu sachverständigen Auskünften zuziehen.
- § 33, § 71 Absatz 4 GemO -

§ 19 Redeordnung

1. Der Vorsitzende eröffnet die Beratung nach dem Vortrag (§ 18 Absatz 1). Er fordert zu Wortmeldungen auf und erteilt das Wort grundsätzlich in der Reihenfolge der Meldungen. Bei gleichzeitiger Wortmeldung bestimmt er die Reihenfolge. Ein Teilnehmer an der Beratung darf das Wort erst ergreifen, wenn es ihm vom Vorsitzenden erteilt ist. Eine Wortmeldung wird in der Regel durch Handzeichen angezeigt.
2. Außer der Reihe wird das Wort erteilt zur Stellung von Geschäftsordnungsanträgen (§ 21) und zur Berichtigung eigener Ausführungen.
3. Kurze Zwischenfragen an den jeweiligen Redner sind mit dessen und des Vorsitzenden Zustimmung zulässig.
4. Der Vorsitzende kann nach jedem Redner das Wort ergreifen; er kann ebenso dem Vortragenden oder zugezogenen sachkundigen Einwohnern und Sachverständigen jederzeit das Wort erteilen oder sie zur Stellungnahme auffordern.
5. Für die Beratung eines bestimmten Gegenstands kann der Gemeinderat die Dauer der Beratung und die Redezeit beschränken.
6. Ein Redner darf nur vom Vorsitzenden und nur zur Wahrnehmung seiner Befugnisse unterbrochen werden. Der Vorsitzende kann den Redner zur Sache verweisen oder zur Ordnung rufen.

§ 20 Sachanträge

1. Anträge zu einem Verhandlungsgegenstand der Tagesordnung (Sachanträge) sind vor Abschluss der Beratung über diesen Gegenstand zu stellen. Der Vorsitzende kann verlangen, dass Anträge schriftlich abgefasst werden.
2. Anträge, deren Annahme das Vermögen, den Schuldenstand oder den Haushalt der Gemeinde nicht unerheblich beeinflussen (Finanzanträge), insbesondere eine Ausgabenerhöhung oder eine Einnahmesenkung gegenüber den Ansätzen des Haushaltsplans mit sich bringen würden, müssen einen nach den gesetzlichen Bestimmungen durchführbaren Vorschlag für die Aufbringung der erforderlichen Mittel enthalten.

§ 21 Geschäftsordnungsanträge

1. Anträge „Zur Geschäftsordnung“ können jederzeit, mit Bezug auf einen bestimmten Verhandlungsgegenstand nur bis zum Schluss der Beratung hierüber, gestellt werden.
2. Geschäftsordnungsanträge unterbrechen die Sachberatung. Außer dem Antragsteller und dem Vorsitzenden erhält je ein Redner der Fraktionen und die keiner Fraktion angehörenden Gemeinderäte Gelegenheit, zu einem Geschäftsordnungsantrag zu sprechen.
3. Ein Antrag „Zur Geschäftsordnung“ wird angezeigt durch das Heben beider Hände. Anschließend wird dem anzeigenden Gemeinderat sofort, nach Ende des laufenden Redebeitrags, das Wort erteilt.
4. Geschäftsordnungsanträge sind insbesondere

- a. der Antrag, ohne weitere Aussprache zur Tagesordnung überzugehen,
 - b. der Schlussantrag (§ 17 Absatz 5),
 - c. der Antrag, die Rednerliste zu schließen,
 - d. der Antrag, den Gegenstand zu einem späteren Zeitpunkt in derselben Sitzung erneut zu beraten,
 - e. der Antrag, die Beschlussfassung zu vertagen,
 - f. der Antrag, den Verhandlungsgegenstand an einen Ausschuss zu verweisen;
 - g. Verweisung einer Angelegenheit vom öffentlichen in den nichtöffentlichen Teil einer Sitzung oder umgekehrt;
 - h. Ausschluss von Personen wegen Befangenheit;
 - i. Zuziehung von Gemeindebediensteten, Sachverständigen oder sachkundigen Einwohnern
 - j. Unterbrechung der Sitzung
5. Ein Gemeinderat, der selbst zur Sache gesprochen hat, kann Anträge nach Absatz 4 Buchstaben b und c nicht stellen.
6. Für den Schlussantrag gilt § 17 Absatz 5.
7. Wird der Antrag auf „Schluss der Rednerliste“ angenommen, dürfen nur noch diejenigen Gemeinderäte zur Sache sprechen, die zum Zeitpunkt der Antragstellung auf der Rednerliste vorgemerkt sind.

§ 22 Beschlussfassung, Beschlussfähigkeit

1. Im Anschluss an die Beratung wird über die vorliegenden Sachanträge Beschluss gefasst. Der Gemeinderat beschließt durch Abstimmung (§ 23) und Wahlen (§ 24).
 2. Der Gemeinderat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist.
 3. Bei Befangenheit von mehr als der Hälfte aller Mitglieder ist der Gemeinderat beschlussfähig, wenn mindestens ein Viertel aller Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist.
 4. Ist der Gemeinderat wegen Abwesenheit oder Befangenheit von Mitgliedern nicht beschlussfähig, muss eine zweite Sitzung stattfinden, in der er beschlussfähig ist, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind; bei der Einberufung der zweiten Sitzung ist hierauf hinzuweisen. Die zweite Sitzung entfällt, wenn weniger als drei Mitglieder stimmberechtigt sind.
 5. Ist keine Beschlussfähigkeit des Gemeinderats gegeben, entscheidet der Bürgermeister an Stelle des Gemeinderats nach Anhörung der nicht befangenen Gemeinderäte. Ist auch der Bürgermeister befangen, findet § 124 GemO (Bestellung eines Beauftragten) entsprechende Anwendung; dies gilt nicht, wenn der Gemeinderat ein stimmberechtigtes Mitglied für die Entscheidung zum Stellvertreter des Bürgermeisters bestellt.
 6. Bei der Berechnung der „Hälfte bzw. des Viertels aller Mitglieder“ nach den Absätzen 2 und 3 ist von der Zahl der tatsächlich besetzten Sitze auszugehen.
 7. Der Vorsitzende hat sich vor der Beschlussfassung über jeden Verhandlungsgegenstand zu überzeugen, ob der Gemeinderat beschlussfähig ist.
- § 37 GemO -

§ 23 Abstimmung

1. Die Abstimmung ist die Form der Entscheidung in Sachfragen.
2. Anträge sind positiv und so zu formulieren, dass sie als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden können. Wird ein Antrag als Frage formuliert, ist sie so zu stellen, dass sie mit Ja oder Nein beantwortet werden kann. Über Anträge zur Geschäftsordnung (§ 21) wird vor Sachanträgen (§ 20) abgestimmt. Bei Geschäftsordnungsanträgen wird über diejenigen, die der sachlichen Weiterbehandlung am meisten entgegenstehen, zuerst abgestimmt. Über Änderungs- und Ergänzungsanträge zur Sache wird vor dem Hauptantrag abgestimmt. Als Hauptantrag gilt der Antrag des Vortragenden (§ 18 Absatz 1) oder eines Ausschusses. Liegen mehrere Änderungs- und Ergänzungsanträge zu der gleichen Sache vor, so wird jeweils über denjenigen zunächst abgestimmt, der am weitesten von dem Hauptantrag abweicht.
3. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Stimmenthaltungen werden bei der Ermittlung der Mehrheit nicht berücksichtigt. Der Bürgermeister hat Stimmrecht, bei Stimmengleichheit gibt es jedoch nicht den Ausschlag; bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.
4. Der Gemeinderat stimmt in der Regel offen durch Handhebung ab. Der Vorsitzende stellt die Zahl der Zustimmungen, der Ablehnungen und der Stimmenthaltungen fest. Ist einem Antrag nicht widersprochen worden, kann er dessen Annahme ohne förmliche Abstimmung feststellen. Bestehen über das Ergebnis der Abstimmung Zweifel, kann der Vorsitzende die Abstimmung wiederholen lassen. Ist namentliche Abstimmung beschlossen, geschieht sie durch Namensaufruf der Stimmberechtigten in der Buchstabenfolge. Der Aufruf beginnt bei jeder namentlichen Abstimmung mit einem anderen Buchstaben des Alphabets.
5. Der Gemeinderat kann auf Antrag mit Stimmenmehrheit beschließen, dass ausnahmsweise (nur bei Vorliegen besonderer Umstände) geheim mit Stimmzetteln abgestimmt wird. Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen des § 24 Absatz 2.
- § 37 Absatz 6 GemO -

§ 24 Wahlen

1. Die Wahl ist die Form der Entscheidung in Fragen der personellen Besetzung.
2. Wahlen werden geheim mit Stimmzetteln vorgenommen; es kann offen gewählt werden, wenn kein Mitglied des Gemeinderats widerspricht. Der Bürgermeister hat Stimmrecht. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. Wird eine solche Mehrheit bei der Wahl nicht erreicht, findet zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen Stichwahl statt, bei der die einfache Stimmenmehrheit entscheidet. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Steht nur ein Bewerber zur Wahl, und erreicht dieser nicht mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten, findet ein zweiter Wahlgang statt, für den Satz 3 gilt. Der zweite Wahlgang soll frühestens eine Woche nach dem ersten Wahlgang durchgeführt werden.
3. Die Stimmzettel sind vom Vorsitzenden bereitzuhalten. Sie werden verdeckt oder gefaltet abgegeben. Der Vorsitzende ermittelt unter Mithilfe eines vom Gemeinderat bestellten Mitglieds oder eines Gemeindebediensteten das Wahlergebnis und gibt es dem Gemeinderat bekannt.
4. Ist das Los zu ziehen, so hat der Gemeinderat hierfür ein Mitglied zu bestimmen. Der Vorsitzende oder in seinem Auftrag der Schriftführer stellt in Abwesenheit des zur Losziehung bestimmten Gemeinderats die Lose her. Der Hergang der Losziehung ist in die Niederschrift aufzunehmen.

§ 25

Ernennung, Einstellung und Entlassung der Gemeindebediensteten

1. Der Gemeinderat entscheidet im Einvernehmen mit dem Bürgermeister über die Ernennung, Einstellung und Entlassung der Gemeindebediensteten; das Gleiche gilt für die nicht nur vorübergehende Übertragung einer anders bewerteten Tätigkeit bei einem Beschäftigten sowie für die Festsetzung des Entgelts, sofern kein Anspruch auf Grund eines Tarifvertrags besteht. Kommt es zu keinem Einvernehmen, entscheidet der Gemeinderat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der anwesenden Mitglieder allein. Der Bürgermeister ist zuständig, soweit der Gemeinderat ihm die Entscheidung überträgt oder diese zur laufenden Verwaltung gehört. Gemäß § 9 Ziffer 2.3 der Hauptsatzung vom 01.01.2007 ist dem Bürgermeister zur dauernden Erledigung übertragen: die Ernennung, Einstellung und Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beschäftigten der Entgeltgruppen 1 bis 5 TVöD, Aushilfsbeschäftigten, Beamtenanwärtern, Auszubildenden, Praktikanten und anderen in Ausbildung stehenden Personen.
 2. Über die Ernennung und Anstellung der Gemeindebediensteten ist durch Wahl Beschluss zu fassen; das Gleiche gilt für die nicht nur vorübergehende Übertragung einer höher bewerteten Tätigkeit bei einem Beschäftigten.
- § 24 Absatz 2, § 37 Absatz 7 GemO -

§ 26

Persönliche Erklärungen

1. Zu einer kurzen „persönlichen Erklärung“ erhält das Wort
 - a. jedes Mitglied des Gemeinderats, um seine Stimmabgabe zu begründen. Die Erklärung kann nur unmittelbar nach der Abstimmung abgegeben werden.
 - b. wer einen während der Verhandlung gegen ihn erhobenen Vorwurf abwehren oder wer eigene Ausführungen oder deren unrichtige Wiedergabe durch andere Redner richtig stellen will. Die Erklärung kann nach Erledigung eines Verhandlungsgegenstands (Beschlussfassung, Vertagung, Übergang zur Tagesordnung) abgegeben werden.
2. Eine Aussprache über „persönliche Erklärungen“ findet nicht statt.

§ 27

Fragestunde

1. Einwohner und die ihnen gleichgestellten Personen und Personenvereinigungen nach § 10 Absatz 3 und 4 GemO können bei öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats Fragen zu Gemeindeangelegenheiten stellen oder Anregungen und Vorschläge unterbreiten (Fragestunde).
2. Grundsätze für die Fragestunde:
 - a. Die Fragestunde findet in der Regel einmal im Quartal zu Beginn einer öffentlichen Sitzung des Gemeinderats statt. Ihre Dauer soll 60 Minuten nicht überschreiten.
 - b. Zu den gestellten Fragen, Anregungen und Vorschlägen nimmt der Vorsitzende Stellung. Kann zu einer Frage nicht sofort Stellung genommen werden, so wird die Stellungnahme in der folgenden Fragestunde abgegeben. Ist dies nicht möglich, teilt der Vorsitzende dem Fragenden den Zeitpunkt der Stellungnahme rechtzeitig mit. Widerspricht der Fragende nicht, kann die Antwort auch schriftlich gegeben werden. Der Vorsitzende kann unter den Voraussetzungen des § 35 Absatz 1 Satz 2 GemO von einer Stellungnahme absehen, insbesondere in Personal-, Grundstücks-, Sozialhilfe- und Abgabensachen sowie in Angelegenheiten aus dem Bereich der Sicherheits- und Ordnungsverwaltung.

- § 33 Absatz 4 GemO -

§ 28 Anhörung

1. Der Gemeinderat kann betroffenen Personen und Personengruppen Gelegenheit geben, ihre Auffassung im Gemeinderat vorzutragen (Anhörung). Über die Anhörung im Einzelfall entscheidet der Gemeinderat auf Antrag des Vorsitzenden, eines Gemeinderats oder betroffener Personen und Personengruppen.
 2. Die Anhörung ist öffentlich. Unter den Voraussetzungen des § 35 Absatz 1 Satz 2 GemO kann die Anhörung nichtöffentlich durchgeführt werden. Der Gemeinderat kann die Anhörung auch in Angelegenheiten, für die er zuständig ist, einem Ausschuss übertragen.
 3. Die Anhörung findet vor Beginn einer Sitzung des Gemeinderats oder innerhalb einer Sitzung vor Beginn der Beratung über die die Anzuhörenden betreffende Angelegenheit statt. Hierüber entscheidet der Gemeinderat im Einzelfall.
 4. Ergibt sich im Laufe der Beratungen des Gemeinderats eine neue Sachlage, kann der Gemeinderat eine erneute Anhörung beschließen. Die Beratung wird zuvor unterbrochen.
- § 33 Absatz 4 GemO -

IV. Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren und durch Offenlegung

§ 29 Schriftliches Verfahren

1. Über Gegenstände einfacher Art (ausgeschlossen sind nicht übertragbare Angelegenheiten nach § 39 Absatz 2 GemO) kann im schriftlichen oder elektronischen Verfahren beschlossen werden. Der Antrag, über den im schriftlichen Verfahren beschlossen werden soll, wird gegen Nachweis (Einschreiben oder durch Boten) und mit Angabe der Widerspruchsfrist allen Gemeinderäten entweder nacheinander in einer Ausfertigung oder gleichzeitig in je gleich lautenden Ausfertigungen zugeleitet. Er ist angenommen, wenn kein Mitglied widerspricht.
 2. Ob ein Gegenstand einfacher Art vorliegt, entscheidet der Bürgermeister bzw. sein Stellvertreter nach pflichtgemäßer Prüfung. Glaubt ein Gemeinderat, dass der Gegenstand der Erörterung bedarf, kann er dem Antrag widersprechen. Der Widerspruch kann mündlich, schriftlich, telefonisch oder elektronisch erfolgen.
- § 37 Absatz 1 GemO -

§ 30 Offenlegung

1. Über Gegenstände einfacher Art kann im Wege der Offenlegung beschlossen werden. Die Offenlegung kann in oder außerhalb einer Sitzung geschehen.
2. Bei Offenlegung in einer Sitzung sind die zur Erledigung vorgesehenen Gegenstände in einem besonderen Abschnitt der Tagesordnung aufzuführen. Ein Antrag ist angenommen, wenn ihm während der Sitzung nicht widersprochen wird.
3. Bei Offenlegung außerhalb einer Sitzung sind die Gemeinderäte darauf hinzuweisen, dass und wann die Vorlage auf dem Rathaus aufliegt; dabei ist eine Frist zu setzen, in-

nerhalb der dem Antrag widersprochen werden kann. Wird fristgerecht kein Widerspruch erhoben, ist der Antrag angenommen.

4. Auf Antrag eines Mitglieds ist der Gegenstand der Offenlegung zu behandeln oder auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.
 5. Ob ein Gegenstand einfacher Art vorliegt, entscheidet der Bürgermeister bzw. sein Stellvertreter nach pflichtgemäßer Prüfung. Glaubt ein Gemeinderat, dass der Gegenstand der Erörterung bedarf, kann er dem Antrag widersprechen. Der Widerspruch kann mündlich, schriftlich, telefonisch oder elektronisch erfolgen.
- § 37 Absatz 1 GemO -

V. Niederschrift

§ 31

Inhalt der Niederschrift

1. Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen des Gemeinderats ist eine Niederschrift (Sitzungsprotokoll in Papierform) zu fertigen; sie muss insbesondere Tag, Ort, Beginn und Ende der Sitzung, den Namen des Vorsitzenden, die Zahl der anwesenden und die Namen der abwesenden Gemeinderäte unter Angabe des Abwesenheitsgrunds, die Gegenstände der Verhandlung, die Anträge, die Abstimmungs- und Wahlergebnisse und den Wortlaut der Beschlüsse enthalten. Ein Wortprotokoll ist nicht erforderlich. Der Vorsitzende und der Schriftführer entscheiden nach pflichtgemäßem Ermessen, was in die Niederschrift als wesentlicher Inhalt der Sitzung aufzunehmen ist. Umfangreiche Berichte und Unterlagen werden als Anlagen zur Niederschrift abgelegt.
 2. Bei Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren (§ 29) oder durch Offenlegung (§ 30) muss eine Niederschrift verfasst werden. Es wird hierüber eine besondere Niederschriftensammlung geführt oder bei Offenlegung während der Sitzung in diese Niederschrift aufgenommen.
 3. Der Vorsitzende und jedes Mitglied können in der Sitzung verlangen, dass ihre Erklärung oder Abstimmung in der Niederschrift festgehalten wird. Eine nachträgliche Aufnahme kann nicht verlangt werden.
- § 38 Absatz 1 GemO -

§ 32

Führung der Niederschrift

1. Die Niederschrift wird vom Schriftführer geführt. Sofern der Bürgermeister keinen besonderen Schriftführer bestellt, ist er der Schriftführer.
 2. Die Niederschriften über öffentliche und über nichtöffentliche Sitzungen sind getrennt zu führen.
 3. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden, von zwei Gemeinderäten – in der Regel von Fraktionsvorsitzenden oder deren Stellvertretern bei der nächsten Fraktionsvorbesprechung – die an der Verhandlung teilgenommen haben und nicht befangen waren, und vom Schriftführer zu unterzeichnen. Ist kein besonderer Schriftführer bestellt, so unterzeichnet der Bürgermeister als „Vorsitzender und Schriftführer“.
- § 38 Absatz 2 GemO -

§ 33

Anerkennung und Bekanntgabe der Niederschrift

1. Die Niederschrift über öffentliche Sitzungen wird in der Regel durch Umlauf während der nächsten Sitzung und zusätzlich durch Kopie an die Fraktionsvorsitzenden, spätestens innerhalb eines Monats, zur Kenntnis des Gemeinderats gebracht. Auf die Ausgabe von Kopien an alle Gemeinderäte wird verzichtet.
 2. Die Niederschrift über nichtöffentliche Sitzungen ist in der Regel in der nächsten Sitzung, spätestens innerhalb eines Monats, durch Umlauf während der Sitzung zur Kenntnis des Gemeinderats zu bringen.
 3. Über die gegen die Niederschrift eingebrachten Einwendungen entscheidet der Gemeinderat. Die Entscheidung und eventuelle Berichtigungen werden in der Niederschrift nachgetragen.
- § 38 Absatz 2 GemO -

§ 34

Einsichtnahme in die Niederschrift

1. Die Gemeinderäte können jederzeit in die Niederschrift über die öffentlichen und über die nichtöffentlichen Sitzungen, auch der Ausschüsse, Einsicht nehmen. Einsichtnahme kann für den Teil der nichtöffentlichen Niederschriften nicht verlangt werden, bei dem der Gemeinderat befangen war. Die Einsichtnahme ist beim Bürgermeister zu verlangen.
 2. Mehrfertigungen von Niederschriften über öffentliche Sitzungen können/sollen nur bei besonderem Interesse angefordert werden. Von Niederschriften über nichtöffentliche Sitzungen werden in keinem Fall Abschriften oder Kopien ausgehändigt.
 3. Die Einsichtnahme in die Niederschrift über die öffentlichen Sitzungen ist auch den Einwohnern gestattet. Einwendungen können nicht erhoben werden.
- § 38 Absatz 2 GemO -

VI. Geschäftsordnung der Ausschüsse

§ 35

Anwendung der Geschäftsordnung des Gemeinderats

Die Geschäftsordnung des Gemeinderats findet auf die beschließenden und beratenden Ausschüsse mit folgender Maßgabe Anwendung:

- a. Vorsitzender der beschließenden Ausschüsse ist der Bürgermeister. Er kann einen seiner Stellvertreter, oder, wenn alle Stellvertreter verhindert sind, ein Mitglied des Ausschusses, das Gemeinderat ist, mit seiner Vertretung beauftragen.
- b. Den Vorsitz in den beratenden Ausschüssen führt der Bürgermeister. Er kann einen seiner Stellvertreter, oder ein Mitglied des Ausschusses, das Gemeinderat ist, mit seiner Vertretung beauftragen.
- c. In die beschließenden Ausschüsse können durch den Gemeinderat sachkundige Einwohner widerruflich als beratende Mitglieder berufen werden; sie sind ehrenamtlich tätig, ihre Zahl darf die der Gemeinderäte in den einzelnen Ausschüssen nicht erreichen.
- d. In die beratenden Ausschüsse können durch den Gemeinderat sachkundige Einwohner widerruflich als Mitglieder berufen werden; sie sind ehrenamtlich tätig, ihre Zahl darf die der Gemeinderäte in den einzelnen Ausschüssen nicht erreichen.

- e. Sitzungen der beschließenden Ausschüsse, die der Vorberatung von Angelegenheiten, deren Entscheidung dem Gemeinderat vorbehalten ist, dienen, und Sitzungen der beratenden Ausschüsse sind in der Regel nichtöffentlich.
 - f. Wird ein beschließender Ausschuss wegen Befangenheit beschlussunfähig, entscheidet an seiner Stelle der Gemeinderat. Wird ein beratender Ausschuss aus demselben Grund beschlussunfähig, entscheidet der Gemeinderat ohne Vorberatung.
 - g. Die an der Teilnahme einer Sitzung verhinderten Mitglieder von Ausschüssen haben ihre Stellvertreter rechtzeitig zu verständigen und ihnen Einladung und Tagesordnung zur Sitzung zu übergeben. Haben sich Mitglieder der Ausschüsse krank oder in Urlaub abgemeldet, sorgt der Vorsitzende für die Einladung der Stellvertreter.
 - h. Gemeinderäte, die nicht Mitglieder des betreffenden beschließenden oder beratenden Ausschusses sind, können an allen, auch den nichtöffentlichen Sitzungen des beschließenden oder beratenden Ausschusses als Zuhörer teilnehmen.
- § 39 Absatz 5, § 40, § 41 GemO -

§ 36

Beziehung zwischen Gemeinderat und beschließendem Ausschuss

Gemäß § 6 Ziffer 1 bis 4 der Hauptsatzung vom 01.08.2023 gilt folgendes:

1. Wenn eine Angelegenheit für die Gemeinde von besonderer Bedeutung ist, kann der Ausschuss die Angelegenheit mit den Stimmen eines Viertels aller Mitglieder dem Gemeinderat zur Beschlussfassung unterbreiten. Lehnt der Gemeinderat eine Behandlung ab, weil er die Voraussetzungen für die Verweisung als nicht gegeben ansieht, entscheidet der zuständige beschließende Ausschuss.
2. Der Gemeinderat kann dem beschließenden Ausschuss allgemein oder im Einzelfall Weisungen erteilen, jede Angelegenheit an sich ziehen oder Beschlüsse des beschließenden Ausschusses, solange sie noch nicht vollzogen sind, ändern oder aufheben.
3. Angelegenheiten, deren Entscheidung dem Gemeinderat vorbehalten ist, sollen dem zuständigen beschließenden Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden. Auf Antrag des Vorsitzenden oder eines Fünftels aller Mitglieder des Gemeinderats sind sie dem zuständigen beschließenden Ausschuss zur Vorberatung zu überweisen.
4. Der Gemeinderat kann Angelegenheiten, welche die Aufgabengebiete des Ausschusses berühren, selbst erledigen. Die Zuständigkeit des Gemeinderats ist anzunehmen, wenn zweifelhaft ist, ob die Behandlung einer Angelegenheit zur Zuständigkeit des Gemeinderats oder zu der des beschließenden Ausschusses gehört.

VII. Beziehung zwischen Gemeinderat und Ortschaftsräten

§ 37

Teilnahme an Sitzungen

1. Nimmt der Bürgermeister an der Sitzung des Ortschaftsrats teil, ist ihm vom Vorsitzenden auf Verlangen jederzeit das Wort zu erteilen.
2. Gemeinderäte, die in der Ortschaft wohnen und nicht Ortschaftsräte sind, können an den Verhandlungen des Ortschaftsrats mit beratender Stimme teilnehmen. In Gemeinden mit unechter Teilortswahl können die als Vertreter eines Wohnbezirks gewählten Gemeinderäte an den Verhandlungen des Ortschaftsrats der Ortschaften im Wohnbezirk mit beratender Stimme teilnehmen. Die jeweiligen Gemeinderäte sind zu den Sitzungen einzuladen. Gemeinderäte, die an nichtöffentlichen Sitzungen eines Ortschaftsrats teilnehmen, unterliegen der Schweigepflicht (§ 6) in gleichem Maße wie die Ortschaftsräte. Dies gilt jedoch nicht für die Unterrichtung des Gemeinderats über Gegenstand, Gang und Ergebnis der nichtöffentlichen Sitzung des Ortschaftsrats in Angelegenheiten, für die der Ge-

- meinderat zuständig ist; diese Unterrichtung darf allerdings nur in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen.
- § 69 Absatz 4 GemO –

§ 38

Zuständigkeit und Mitwirkung der Ortschaftsräte

1. Kraft Gesetzes sind dem Ortschaftsrat nur beratende Zuständigkeiten zugewiesen. Gemäß § 14 der Hauptsatzung vom 01.01.2007 werden dem Ortschaftsrat im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel folgende Angelegenheiten, soweit sie die jeweilige Ortschaft betreffen, zur Entscheidung übertragen:
 - 4.1 Vollzug des Haushaltsplanes, insbesondere
 - a) Entscheidung über die Vergabe von Lieferungen und Leistungen für Hoch- und Tiefbauvorhaben (Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, bauliche Erneuerungen, Unterhaltungsmaßnahmen) mit einem voraussichtlichen Aufwand im Einzelfall bis zu 25.000 €;
 - b) Erwerb von beweglichen Vermögensgegenständen bis zu einem Wert von 2.500 €;
 - c) Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen bis zu einem Wert von 2.500 €;
 - 4.2 dem Bestimmungszweck entsprechende Überlassung von öffentlichen Gebäuden und Plätzen,
 - 4.3 Verpachtung der landwirtschaftlichen Grundstücke sowie der Jagd nach den allgemein anerkannten Grundsätzen deutscher Waidgerechtigkeit im Sinne des Bundes- und Landesjagdgesetzes.
2. Der Ortschaftsrat ist zu wichtigen Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen, zu hören und hat ein Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen. Wichtige Angelegenheiten sind gemäß § 14 Ziffer 3 der Hauptsatzung insbesondere:
 - 3.1 die Veranschlagung der Haushaltsmittel für die die Ortschaft betreffenden Angelegenheiten;
 - 3.2 der jeweilige Ortschaftsrat ist vor der Anstellung und Entlassung von Beschäftigten der örtlichen Verwaltung zu hören soweit diese überwiegend in dem den Ortschaftsrat betreffenden Gemeindeteil eingesetzt werden;
 - 3.3 die Aufstellung, wesentliche Änderung und Aufhebung von Bauleitplänen sowie die Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen und städtebauliche Sanierungsmaßnahmen nach dem Baugesetzbuch;
 - 3.4 die Planung, Errichtung, wesentliche Änderung und Aufhebung öffentlicher Einrichtungen einschließlich Gemeindestraßen;
 - 3.5 der Erlass, die wesentliche Änderung und Aufhebung von Ortsrecht.
3. Der Pflicht zur Anhörung nach Ziffer 2 ist genügt, wenn dem Ortschaftsrat sachlich und zeitlich ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme in der Angelegenheit gegeben wird.
4. Der Ortschaftsrat hat auch ein Recht auf Information, das vom Bürgermeister gegenüber dem Ortsvorsteher ausgeübt wird. Informationsanträge, die die Ortschaft betreffen, sind vom Ortsvorsteher ausschließlich an den Bürgermeister zu stellen. Ein Anspruch der Ortschaftsräte auf Information außerhalb des Bereichs der Angelegenheiten der Ortschaft besteht nicht.
5. Die Ausübung der Rechte des Ortschaftsrats nach Ziffer 3 und 4 erfolgen durch den Ortsvorsteher (siehe § 18). Einzelne Ortschaftsräte können keine Teilnahme an Sitzungen des Gemeinderats oder seiner Ausschüsse verlangen.

- § 69, § 70 GemO -

VIII. Schlussbestimmung

§ 39 In-Kraft-Treten

Diese Geschäftsordnung tritt am 01.11.2024 in Kraft.

§ 40 Außer-Kraft-Treten bisheriger Bestimmungen

Mit In-Kraft-Treten dieser Geschäftsordnung tritt die Geschäftsordnung vom 24.10.2012 außer Kraft.

Ausgefertigt
Allmendingen, 09.10.2024

Florian Teichmann
Bürgermeister